



Protokollauszug

aus der
32. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion
vom 28.03.2023

öffentlich

Top 3 Berichte der Beiräte und der Steuerungsgruppe Inklusion

Der Bericht des Migrantenbeirates sowie der Bericht des Seniorenbeirates liegen schriftlich vor.

Frau Hussain informiert, dass der Migrantenbeirat mit Unterstützung von Herrn Heuer ein Mentoring-Programm gestartet hat, an dem an politischer Arbeit interessierte Potsdamerinnen und Potsdamer teilnehmen können.

Bericht des Seniorenbeirates zur Sitzung des GSWI am 21.03.2023

Leider musste sich der Seniorenbeirat Potsdam in den vergangenen Wochen wieder mit der Josephinen-Wohnanlage in der Burgstraße beschäftigen.

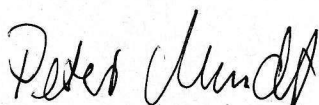
In der Anzeigenzeitung „Blickpunkt“ wurde durch eine Tochterfirma der MK-Kliniken eine Anzeige im Stiel der Bildzeitung geschaltet, in der Ukrainische Menschen um Wohnraum bettelten, der doch in der Einrichtung in der Burgstraße zur Verfügung stehen würde. Stadtverwaltung und Seniorenbeirat wurden verbal angegriffen, aus ideologischen Gründen nichts für die Flüchtlinge zu unternehmen.

Da wir nicht wollen, dass die Interessen älterer Menschen und von Flüchtlingen gegeneinander ausgespielt werden, veröffentlichten der Migrantenbeirat und der Seniorenbeirat eine gemeinsame Presseerklärung, über die in den Zeitungen Potsdams ausführlich berichtet wurde. Eine angekündigte Folgeanzeige wurde im nächsten „Blickpunkt“ nicht veröffentlicht. Unsere Presseerklärung wurde stattdessen im vollen Umfang mit einem freundlichen Hinweis des Verlages als Leserbrief abgedruckt.

Die in der letzten Sitzung angemahnte Zusage der Finanzierung der Seniorenwoche trotz angespannter Haushaltslage der Stadt wurde erteilt.

Durch die langwierige Krankheit der Leiterin des Seniorenbüros gibt es personelle Kapazitätsprobleme bei der Vorbereitung der diesjährigen Seniorenwoche. Hierzu sind wir mit Sylvana Specht von der Stadtverwaltung im positiven Gespräch entsprechende Lösungen gemeinsam zu erarbeiten.

16.03.2023



Peter Mundt

Anlagen: Zeitungsinserat „Blickpunkt“, Pressemitteilung Migranten- und Seniorenbeirat



Alles verlassen, das Leben gerettet. Viele ukrainische Mütter suchen mit ihrem Kind verzweifelt eine neue Unterkunft.

Bitte, lasst uns nicht im Stich!

Ukraine-Flüchtlinge suchen verzweifelt Wohnraum – Rathaus schlägt Angebote aus

KOMMENTAR

– Helft doch endlich den Flüchtlingen!

Prima! Wunderbar, das ist eine große Hilfe. Wir haben damit ein Problem weniger. Vielen Dank für das Angebot.

Kommunen andererseits in Deutschland würden in etwa so reagieren, würde ein Unternehmen zu marktüblichen Konditionen für 65 Flüchtlinge aus der Ukraine topsanierten Wohnraum zur Verfügung stellen.

Nicht so in Potsdam. Da liegt seit Langem genau solch ein Angebot im Rathaus vor. Dort gibt man vor, händelnd nach Wohnraum für die vom Krieg geschundenen Menschen aus der Ukraine zu suchen. Sinniert über teure Neubauten, Hotelbelegungen und über Notunterkünfte in Sporthallen. Jedoch kein Wort zu dem auf dem Schreibtisch liegenden Angebot. Weder von der zuständigen Sozialdezernentin Brigitte Meier (SPD) noch vom Bürgermeister Mike Schubert (SPD). Woran liegt das? Die altährwürdige SPD lässt sich von der ideologisch gesteuerten SED-Nachfolgepartei, Die Linke am Nasenring herumführen. So hat es jedenfalls den Anschein. Wie auch immer! In jedem Fall ist es verwerflich.

Hier geht es um vom Krieg traumatisierte Menschen. Sie brauchen Hilfe und kein bürokratisch-ideologisches Hickhack auf ihrem Rücken. Darüber sollte man im Potsdamer Rathaus nachdenken und endlich handeln. Schnell. Sofort. Jetzt.



Das moderne Hochhaus im Herzen der Stadt. Rund 65 Personen könnten hier sofort unterkommen. Doch die Stadt hat offenbar keinen Bedarf?



Die Apartments wurden 2022 vollständig saniert. Seitdem werden sie den Potsdamer Behörden als Flüchtlingsunterkunft angeboten. Bisher keine Reaktion.



Besonders für Frauen mit kleinen Kindern sind die Wohneinheiten bestens geeignet. Bisher sind viele von ihnen in Notunterkünften und baufrägen Wohnungen untergebracht.

Behörden-Irrsinn in Potsdam: Mitten im Zentrum könnten auf einen Schlag 65 Geflüchtete unterkommen. Doch die Stadt hat offenbar kein Herz für Ukraine-Flüchtlinge. Stattdessen plant das Rathaus teure Neubauten und hält an unwürdigen Zwischenlösungen fest. Die Verantwortlichen schweigen. Was steckt dahinter?

Potsdam. Über eine Million Menschen aus der Ukraine wurden im letzten Jahr in Deutschland aufgenommen. Darunter vor allem Mütter mit Kindern. Auch Potsdam ist die neue Heimat vieler Flüchtlinge aus der Ukraine geworden. Rund 2.300 Ukrainer sind seit Kriegsbeginn in die Stadt gekommen.

Unterkünfte dringend gesucht. Für ihre Unterbringung braucht die Stadt geeigneten Wohnraum. Die Verantwortlichen rechnen in diesem Jahr mit der Ankunft von bis zu 2.000 neuen Flüchtlingen in Potsdam. Für eine Stadt mit leer gefegtem Wohnungsmarkt eine schwere Belastung. Mitte Januar wurde außerdem bekannt, dass bisher bestehende Unterbringungen für Flüchtlinge zeitnah nicht mehr zur Verfügung stehen. So soll die Potsdamer „Metropolishalle“ – bisher Unterkunft für bis zu 300 Menschen ab Anfang März wieder als Veranstaltungsort dienen. Und auch die rund 100 Geflüchteten im „Staudenhof-Block“ müssen spätestens bis Jahresmitte weichen. Dann nämlich soll das Gebäude abgerissen werden.

Rathaus schlägt Angebote aus. Man könnte deshalb meinen, dass die Stadtverwaltung nach Ersatz sucht und jedes erdenkliche Angebot neutral überprüft. Erst Anfang des Monats erklärte die zuständige Sozialbeigeordnete der Stadt Potsdam, Brigitte Meier (SPD): „Wir brauchen weitere Kapazitäten zur Unterbringung“. Hier geht es um vom Krieg traumatisierte Menschen. Deshalb prüft die Stadt derzeit offenbar auch wieder Hotelbelegungen und den Zukauf von Leichtbauhallen. Dabei steht

nur wenige Hundert Meter vom abrisseren Staudenhof-Block entfernt ein modernes Appartementshochhaus beinahe leer. Ruhige, sichere Wohnungen im Herzen Potsdams, direkt gegenüber der Freundschaftsinsel. Der Betreiber könnte auf einen Schlag 65 Menschen ein neues Zuhause bieten. Erst im vergangenen Jahr wurden die Wohnungen saniert und neu ausgestattet. Entstanden sind moderne Appartements – ideal für junge Familien und Senioren. Seit Langem sind die mehr als 100 separaten Wohneinheiten der Stadtverwaltung bekannt. Der Betreiber unterbreitete vor einem Jahr das Angebot, ukrainische Geflüchtete dort aufzunehmen. Erste Verhandlungen gab es bereits. Doch seit Monaten herrscht Funkstille. Über die Ursachen schweigt sich das SPD-geführte Rathaus aus.

Chaos und Inkompetenz im Rathaus. Offenbar verhindern Inkompetenz und Chaos im Potsdamer Rathaus die schnelle Unterbringung Geflüchteter in der Wohnanlage auf der Burgstraße in der nördlichen Innenstadt. In der aktuellen Situation ist das fatal. Die Stadt verweigert bei der Suche nach Unterkünften wertvolle Zeit. Zuletzt wurde bekannt, dass Senioren und junge Familien auf der Potsdamer Zeppelestraße in schimmelbefallenen Wohnungen und sanierungsbedürftigen Bauten untergebracht wurden. In Notbleiben wie der Orangerie der Biosphäre müssen die Geflüchteten, darunter Mütter mit ihren Kindern, auf Feldbetten zusammengepfercht in einer Halle schlafen, notdürftig nur durch Pappwände voneinander getrennt. Zum Waschen

müssen sie Container aufsuchen. Erbärmliche Zustände, die sich auf einen Schlag ändern könnten. Nur müssten dafür Angebote wie die des Betreibers der Wohnanlage genutzt werden.

Politische Gründe?

Stattdessen soll es Hotelbelegungen und teure Neubauten geben. Und all das, während mitten in der Stadt ein neues und bezugsfertiges Wohnhaus leer steht. Wie passen die Pläne der Stadt mit der dringenden Suche neuer Unterkünfte zusammen? Blockiert der linksgeführte Seniorenberrat eine schnelle Entscheidung? Können sich Sozialbeigeordnete Meier und Bürgermeister Mike Schubert (SPD) nicht zu einer Entscheidung durchringen? Der Betreiber der Wohnanlage will nicht länger warten. Deshalb wandte er sich an die Behörden in Berlin. Dort erhielt er prompt die Antwort, man würde das Angebot sofort nutzen – wenn man nur könnte. Doch die Unterbringung von Flüchtlingen ist in Deutschland Sache der Länder und Kommunen. Eine Nutzung für Flüchtlinge aus Berlin bleibt deshalb ausgeschlossen. In Potsdam hofft man nun, dass die Verantwortlichen der Stadt doch noch zur Vernunft kommen und die Wohnanlage auf der Burgstraße endlich nutzen. Wir bleiben an dem Thema dran!

In der nächsten Woche lesen Sie:
Wie Larissa (42) mit ihrem neunjährigen Sohn verzweifelt eine Unterkunft in Potsdam sucht. Dazu: Die Hintergründe einer verlogenen Kampagne von Parteifunktionären der „Linken“.
Weitere Informationen: www.dringendeswissen.de

GROSSE WOHNUNGSNOT IN POTSDAM

Menschenunwürdig! Ukrainer müssen in Abrisshäusern leben

Potsdam stöhnt. Es fehlen Wohnungen. Vermehrt auch Unterkünfte für Flüchtlinge. Von Januar bis November 2022 verteilte die Zentrale Ausländerbehörde laut Innenministerium etwas mehr als 37.500 Flüchtlinge, die nach Brandenburg kamen, auf Landkreise und kreisfreie Städte. Für dieses Jahr wird mit

2.000 allein für Potsdam gerechnet – wegen des anhaltend mörderischen russischen Krieges gegen die Ukraine mit steigender Tendenz. In den Potsdamer Neuesten Nachrichten bekannte Potsdams Sozialbeigeordnete Brigitte Meier (SPD) händelnd: „Wir brauchen weitere Kapazitäten zur Unterbringung“.

Der Stadt fällt es demnach ausgesprochen schwer, Wohnraum für Geflüchtete zu schaffen. Innenminister Michael Stübgen (CDU) wollte noch im Dezember 2022 vermeiden, dass Zelte aufgebaut und Turnhallen als Notunterkünfte genutzt werden müssen, wenn die Zahl der Flüchtlinge so hoch bleibt. Doch das ist

längst Realität. Ein Großteil von ihnen muss ohne jede Form von Privatsphäre in Gemeinschaftsunterkünften, teilweise in für den Abriss vorgesehenen und von Schimmel befallenen Häusern leben. Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) hat den Landkreisen und Städten angesichts

einer erwarteten Steigerung der Zahl von Flüchtlingen finanzielle Hilfe von bis zu zwei Milliarden Euro zugesagt. Darin sind nach Angaben des Finanzministeriums 150 Millionen Euro für die Aufnahme, Unterbringung, Versorgung, Betreuung und Integration von Geflüchteten vorgesehen.



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Migrantenbeirat

Friedrich-Ebert-Straße 79-81
Haus 1, R. 148
14469 Potsdam
Tel.: 289 33 46 Fax: 289 84 33 46;
Migrantenbeirat@rathaus.potsdam.de

seniorenbuero@rathaus.potsdam.de



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Seniorenbeirat | Seniorenbüro

In der Zeitung „Blickpunkt“ erschien am 18.02.2023 ein Beitrag, in dem in der dritten Person über den Betreiber einer Wohnanlage in der Burgstraße 6 A berichtet wird, der neu hergerichtete Appartements als Wohnungen für Geflüchtete aus der Ukraine bereitstellen möchte, aber angeblich aus ideologischen Gründen ausgebremst wird. Der vermeintliche Artikel wird auch noch durch einen unterstützenden Kommentar flankiert.

Erst auf den zweiten Blick und allein an dem kleinen Wörtchen „Anzeige“ ist erkennbar, dass es sich nicht um einen redaktionellen Beitrag handelt, sondern um ein bezahltes Inserat.

Hier macht jemand offenbar Stimmung für eine Umnutzung der Josephinenwohnanlage in der Burgstraße 6 A in Wohnungen für Geflüchtete aus der Ukraine. Ob dahinter der Eigentümer oder Betreiber der Wohnanlage steckt, der vor wenigen Monaten die zumeist älteren Bewohner*innen gekündigt hat, ist nicht erkennbar.

Der Senioren- und der Migrantenbeirat bittet die Leser*innen des Blickpunktes, sich nicht aufs Glatteis führen zu lassen. Hier geht es nicht um mehr Wohnraum für Geflüchtete, sondern um die Gewinnmaximierung für den Eigentümer der leergezogenen Wohnanlage. Die Umwandlung von einer Seniorenwohnanlage in Wohnungen ermöglicht deutlich höhere Mieten.

Wir lehnen es ab, dass Geflüchtete und alte Menschen gegeneinander ausgespielt werden. Für beide Gruppen fehlen in Potsdam preisgünstige Wohnungen. Die Stadtverwaltung muss weiter drauf bestehen, dass die Josephinenwohnanlage als Seniorenwohnheim genutzt wird und alle rechtlichen Möglichkeiten gegen Zweckentfremdung oder Nutzungsänderungen zu nutzen.

Potsdam, den 21.02.2023

Fereshta Hussain
Vorsitzende Migrantenbeirat

Peter Mundt
Vorsitzender Seniorenbeirat



Potsdam, den 28.03.2023

**Bericht des Migrantenbeirates der Landeshauptstadt Potsdam
im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Integration
Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und
Integration, seit Beginn des Krieges in der Ukraine unterstützt der
Migrantenbeirat ukrainische Geflüchtete.**

Am 14. Februar 2023 - Teilnahme des Migrantenbeirates an der Sitzung der AG
Asyl

Am 16. Februar 2023 - Teilnahme des Migrantenbeirates an der Info-Veranstaltung
am Schlaatz zum Thema „Bautätigkeit am Schlaatz und neue
Unterbringungsmöglichkeiten für Geflüchtete“

Am 16. Februar 2023 - Teilnahme des Migrantenbeirates an der Sitzung des
Jugendhilfeausschusses

Am 21. März 2023 - gemeinsame Stellungnahme des Migrantenbeirates zusammen
mit dem Seniorenbeirat zum Beitrag in der Zeitung „Blickpunkt“, erschienen am
18.02.2023. Ein privater Investor wollte in der Josephinen-Anlage Wohnungen für
Geflüchtete einrichten und hat davor mit allen „erlaubten und unerlaubten“ Mitteln
den betagten Bewohner*innen dieser Seniorenanlagen gekündigt. Gemeinsamer
öffentlicher Protest von beiden Beiräten hat bewirkt, dass solche Anzeigen in dieser
Zeitung nicht mehr erschienen sind.

Am 24. Februar 2023 - Teilnahme des Migrantenbeirates an der Info-Veranstaltung
am Stern. Es ging ebenfalls um die Bautätigkeit und Errichten von neuen
Geflüchteten-Unterkünften in diesem Stadtteil.

Am 02. März 2023 - Teilnahme an Podiumsdiskussion während der
Auftaktveranstaltung der 33. Brandenburgischen Frauenwochen in Potsdam.



Am 03. März 2023 - Teilnahme des Migrantenbeirates an der Jugendhilfeausschuss-Klausurtagung.

Am 06. März 2023 - Teilnahme des Migrantenbeirates am Empfang zum Internationalen Frauentag „Frauen gestalten Ostdeutschland. Frauen gestalten Transformation“ im Bundeskanzleramt.

Am 08. März 2023 - Teilnahme des Migrantenbeirates an der Tagung „Verraten und vergessen? Frauen in Afghanistan nach der Machtübernahme der Taliban“ in der Evangelischen Akademie zu Berlin gGmbH in Berlin

Am 08. März 2023 - Migrantenbeirat organisiert gemeinsam mit DaMOst e. V. zum Internationalen Frauentag die Tagung: „Chancengleichheit für Frauen mit Migrationshintergrund, Fakten & Aspekte“.

Diese Veranstaltung wurde gemeinsam mit dem Dachverband der Migrantinnenorganisationen in Ostdeutschland e.V. (DaMOst) und dem neu gegründeten „Forum der Migrant*innenorganisationen in Brandenburg“ in Potsdam im Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte durchgeführt. Mehrere aktive und ehemalige Mitglieder des Migrantenbeirates der Landeshauptstadt Potsdam nahmen an dieser Veranstaltung teil.

Am 14. März 2023 - Teilnahme des Migrantenbeirates an der Sitzung des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung

Am 20. März 2023 - Teilnahme des Migrantenbeirates an der Veranstaltung „Afghanistan nach dem Scheitern der westlichen Intervention – Lehren aus den Fehlern der Vergangenheit“ organisiert von Afghanistan-Komitee für Frieden, Wiederaufbau und Kultur e.V. in Berlin.

Am 21. März 2023 - Teilnahme des Migrantenbeirates an der Sitzung des Bildungsausschusses



Migrantenbeirat arbeitet auch in diesem Jahr an der Vorbereitung einer neuen Reihe von Veranstaltungen, die in der Potsdamer Interkulturellen Woche starten werden.

In Kooperation mit der Uni Potsdam und dem Verein PAWLO e. V. möchte der Migrantenbeirat in diesem Jahre ein Magazin mit dem Titel „Pangea“ und Untertitel „Flucht, Migration, Leben in Deutschland“ herausgeben. In diesem Magazin werden sowohl die literarischen Werke in verschiedenen Sprachen, als auch informelle Artikeln zu finden sein.

Im Rahmen der IKW 2023 in Potsdam wird auch erneut die Verleihung des Integrationspreises 2023 in einer AG vorbereitet. Der voraussichtliche Termin der Preisverleihung in diesem Jahr ist der 24. September 2023.

Der Migrantenbeirat hat in diesem Jahre erneut die Kunst-Ausstellung „HeimatArt 2023“ geplant. Diese Ausstellung wird in Zusammenarbeit mit der KUBUS GgmbH und dem Bürgerhaus am Schlaatz vorbereitet. Die Ausschreibung dazu wird demnächst gestartet. Damit lenkt der Migrantenbeirat in Zusammenarbeit mit dem Träger: KUBUS | Gesellschaft für Kultur, Begegnung und soziale Arbeit in Potsdam gemeinnützige GmbH, die Blicke der Öffentlichkeit auf diese talentierten neuen Potsdamer*innen.

Der Migrantenbeirat arbeitet ebenfalls in diesem Jahre zusammen mit der Initiative „Flüchtlingshilfe Jüterbog“ an der Vorbereitung einer politischen Diskussion in Jüterbog zum Thema „Afghanistan“.

In diesem Jahr hat Migrantenbeirat in Zusammenarbeit mit dem Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung, Herrn Heuer, ein „Mentoring-Programm“ gestartet. Noch bis zum 30. April 2023 können Potsdamerinnen und Potsdamer mit Migrationshintergrund, die an der politischeren Arbeit interessiert sind, sich bei uns melden. Wir möchten diesen Menschen zeigen, wie politische Entscheidungen getroffen werden, wie wir uns ehrenamtlich engagieren. Im Jahr 2024 wird der



**Migrantenbeirat
Landeshauptstadt
Potsdam**

Migrantenbeirat der Landeshauptstadt Potsdam
Friedrich-Ebert-Straße 79-81
14469 Potsdam
Tel 0331 289 33 46 Fax 0331 289 84 33 46
Migrantenbeirat@rathaus.potsdam.de

Migrantenbeirat erneut gewählt. Die Teilnehmer*innen dieses Programms könnten dann für den neuen Migrantenbeirat kandidieren.

Der Migrantenbeirat setzt auch seine Mitarbeit im Bündnis Potsdam bekennt Farbe fort. Die Mitglieder sind im Lenkung-Gremium und in der Kommunikations-AG dieses Bündnisses aktiv.